Wiener Landtag fordert Bund auf, Verbot der Identitären zu prüfen

Ein entsprechender Resolutionsantrag wurde am Montag im Landtag von SPÖ, Neos, Grünen und ÖVP beschlossen.

David Krutzler

16. November 2026, 10:35

> Im Wiener Landtag gelangt am Montag ein Resolutionsantrag von SPÖ und Neos zur Abstimmung: In diesem wird die Bundesregierung ersucht zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Vebot der Identitären Bewegung vorliegen.

Der Wiener Landtag hat am Montag die Bundesregierung aufgefordert, ein Verbot der Identitären zu prüfen. Anlass dafür war, dass Mitglieder der Identitären Bewegung Österreichs am 9. November, dem Jahrestag des Beginns der Novemberprogrome 1938, und an den Tagen danach Flyer in der Nähe von Gymnasien in Hietzing, Floridsdorf und Margareten verteilt haben sollen. Der Resolutionsantrag wurde von den Stadtregierungsparteien SPÖ und Neos sowie von den Grünen eingebracht. Auch die ÖVP stimmte bei der Abstimmung dafür, nur die FPÖ war dagegen.

"Wir in Wien stellen uns jeglicher Form von Extremismus entschieden entgegen", heißt es im Schriftstück, das im Rathaus zur Abstimmung gelangte. "Besonders schützen vor früher Einflussnahme und Radikalisierung müssen wir Kinder und Jugendliche. Damit wir auch in Zukunft eine offene und auf Zusammenhalt ausgerichtete Gesellschaft und resiliente Demokratie sind, die Vielfalt als Chance und Bereicherung empfindet und allen Menschen dieselben Rechte zugesteht."

Auf den verteilten Flugblättern ist typische identitäre Propaganda zu lesen. Ein Flyer mit dem Titel "3 Dinge, die dein Lehrer dir nicht erzählt" führt nach Angaben von SPÖ und Neos folgende Bedrohungsszenarien an: "Vielfalt ist keine Stärke, sondern eine Schwäche!", "Du wirst ärmer sein als deine Eltern!", sowie "Dein Volk stirbt!" Diesen Szenarien folge eine Rekrutierungsabsicht im schulischen Umfeld: "In jeder Schule schlummert ein gewaltiges Potenzial!" und "Die Zukunft wird rechts! Jugend voran!" Laut Rot-Pink hätte die Gruppe zudem in sozialen Medien angekündigt, die

Verteilaktionen in der Nähe von weiteren Wiener Schulen fortzusetzen.

Die bekannt gewordenen Tätigkeiten der Identitären vor den Wiener Schulen werden vom Wiener Landtag als "besorgniserregend" eingestuft. Die Identitären werden vom Verfassungsschutz beobachtet, gesetzlich verboten sind sie nicht, nur ihre Symbole. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) stuft die Gruppe als rechtsextrem ein. "Die Aktion verdeutlicht einmal mehr die Bemühungen der Identitären, Menschen bereits in jungen Jahren für ihre Positionen zu gewinnen", hieß es laut DÖW. "Die Verbindung von rassistischer Bedrohungsinszenierung, Gewaltdarstellungen und unmittelbarem Mobilisierungsaufruf muss – insbesondere mit Blick auf die jugendliche Zielgruppe – als höchst bedenklich eingestuft werden".

"Linie überschritten"

"Wenn Rechtsextreme ausgerechnet am Gedenktag an die Novemberprogrome vor Wiener Schulen um Jugendliche werben, ist eine Linie überschritten", sagte die SPÖ-Landtagsabgeordnete Astrid Pany. "In unseren Klassenzimmern sollen junge Menschen lernen und erleben, was Demokratie bedeutet. Diese Räume gehören ihnen, nicht den Feindinnen und Feinden der offenen Gesellschaft." Wer erwachsen wird, suche Halt und Zugehörigkeit. "Genau diese Suche wollen die Identitären ausnutzen, indem sie Jugendlichen Angst einjagen und Vielfalt zur Gefahr erklären."

Neos-Abgeordneter Thomas Weber sagte: "Meinungsfreiheit schützt den Widerspruch, auch den unbequemen. Sie ist aber kein Freibrief für die organisierte Arbeit an ihrer Abschaffung." Der Bund solle sorgfältig prüfen, ob ein Verbot der Identitären möglich sei. (David Krutzler, 16.11.2026)